

Presseinformation

Nr. 515/2011

Kiel, Donnerstag, 6. Oktober 2011

Europa / Frühwarnsystem EU

FDP

Die Liberalen

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Günther Hildebrand, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Katharina Loedige, MdL
Parlamentarische Geschäftsführerin

Kirstin Funke: Vereinbarung zwischen Landtag und Landesregierung bildet gute Grundlage für gemeinsame zukünftige Arbeit

In ihrer Rede zu **TOP 25+37** (Vereinbarung von Landtag und Landesregierung über die Unterrichtung und Beteiligung des Landtages in Angelegenheiten der EU) sagt die europapolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, **Kirstin Funke**:

„Die uns vorliegende Vereinbarung zwischen Landtag und Landesregierung ist das Resultat eines Prozesses, der mit dem Vertrag von Lissabon startete. Mit dem Vertrag von Lissabon wurde das so genannte Frühwarnsystem installiert, das allen nationalen Parlamenten und in Deutschland auch den Landesparlamenten über den Bundesrat das Recht einräumt, am Rechtsetzungsprozess der EU frühzeitig teilzunehmen.“ Mit der Vereinbarung zwischen Landtag und Landesregierung bestehe nun ein gutes Gerüst und eine solide Grundlage für die gemeinsame zukünftige Arbeit. Diese Stärkung des Parlamentes gelte es nun von Seiten des Parlamentes mit Leben zu füllen und fortzuentwickeln, erklärt Funke.

Beim zweiten Antrag zur Resolution der Ostseeparlamentarierkonferenz und zum Parlamentsforum südliche Ostsee hebt Funke die Arbeit der Arbeitsgruppe „Integrierte Meerespolitik“ hervor. „Schwerpunkt der Arbeit war der integrative Themenansatz von der langfristigen Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der maritimen Wirtschaft im Ostseeraum, Stärkung der Region als maritimer Wirtschafts-, Innovations- und Technologiestandort sowie die effiziente und nachhaltige Verbesserung des Klima- und Umweltschutzes im Schiffsverkehr in der Ostsee“, so Funke. Dabei sei allen Mitgliedern in der Arbeitsgruppe klar gewesen, dass nur die Verbindung und Fortschreibung der Politikansätze von Wirtschaft, Wissenschaft und Umwelt es schaffe, die Ostseeregion langfristig zu einer positiven und nachhaltigen Entwicklung im maritimen Sektor zu verhelfen.

„Wer innovative und umweltfreundliche Lösungen im maritimen Bereich will, muss sowohl betriebswirtschaftliche Rahmenbedingungen für die betroffenen Unternehmen als auch die Infrastruktur in diesem Bereich schaffen“, so Funke abschließend.